

19. ordentliche Mitgliederversammlung vom 15. Mai 2004

Rede ist ab Samstag, 15. Mai 2004, 1200 Uhr, abrufbar auf:

<http://www.auns.ch>

Wer muss das Volk fürchten?

von Nationalrat Prof. Dr. Christoph Mörgeli, Uerikon, anlässlich der
19. ordentlichen Mitgliederversammlung der
Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Am 1. Mai hat sich die Europäische Union um zehn Mitglieder vergrössert. Es handelt sich bei den Neumitgliedern hauptsächlich um Staaten des ehemaligen Ostblocks. Dass ausgerechnet der 1. Mai, ein sozialistischer Feiertag, am Anfang der Osterweiterung steht, dürfte nicht nur in diesen Ländern ungute Erinnerungen wecken.

Wohin steuert die Europäische Union? Wird die „Sowjetisierung“ Europas voran schreiten? Oder wird man sich auf die grosse Tradition der europäischen Vielfalt besinnen und den Völkern ihre Selbstbestimmung belassen?

Wer glaubt, durch eine zentralistische Führung würde Europa stabiler und friedlicher werden, täuscht sich. Wer glaubt, man könne Iren und Zyprioten, Balten und Deutsche, Spanier und Slowaken unter eine gemeinsame Aussenpolitik zwingen, gefährdet letztlich ebendiesen Frieden, den man angeblich stärken will. Wenn Frankreich und Deutschland in ziemlich durchsichtiger Weise eine Vormachtstellung anstreben – und zwar auf Kosten der Kleinstaaten und auch auf Kosten der demokratischen Rechte aller Bürger –, dann führt das ziemlich genau in die entgegen gesetzte Richtung einer „europäischen Familie“, die man allenthalben und so süsslich verlogen propagiert.

./.

Europa der Bürokraten

Die EU entwickelt sich mehr und mehr zum Europa der Bürokraten und Institutionen. Je zentralistischer sich aber die Union gestaltet, umso weniger föderalistisch wird

Europa werden. Und je weniger Föderalismus Platz hat, desto weniger Freiheit bleibt dem einzelnen Bürger. Die Verlagerung von Macht nach Brüssel geht einher mit einer schrittweisen Entmündigung der Bürger.

Die Eurokraten wissen ganz genau, dass sie rechtliche Grundlagen schaffen müssen, um „ihr“ Europa der Institutionen auszubauen. Dazu gehört auch eine gemeinsame europäische Verfassung. In England, traditionell europaskeptisch, hat Tony Blair immerhin ein Referendum über die neue Verfassung angekündigt. Die Bürgerinnen und Bürger, so Blair, sollten entscheiden, ob sie mehr oder weniger Europa haben wollen. Sofort meldeten sich Stimmen aus der politischen Elite: Diese Ankündigung einer Volksabstimmung sei „ein Fehler“. Was genau soll daran ein Fehler sein? Ist ein demokratischer Akt – und was könnte demokratischer sein, als wenn sämtliche Wahlberechtigte über eine Vorlage befinden können? – kann eine Abstimmung „ein Fehler“ sein? Wohl nur für jene, die das Volk fürchten! Wohl nur für jene, die glauben, ein Volk sei nicht reif oder intelligent genug, über seine eigene Zukunft zu befinden. Und es stellt sich hier eine ganz wesentliche Frage: Wer hat eigentlich Grund, wem zu misstrauen? Die Politiker dem Volk – oder das Volk den Politikern?

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus...“

Wie sehr Politiker das Volk fürchten, zeigt uns der Weg Deutschlands nach Europa. Durften die Deutschen über die Einführung des Euro abstimmen? Nein. Das Parlament fürchtete die Meinung seiner Bürger und liess sie aussen vor. Durften die Deutschen über die Verträge von Amsterdam und Nizza abstimmen? Verträge notabene, die das Gesicht Europas entscheidend veränderten (Vergemeinschaftung der Union und Machtkonzentration in Brüssel). Nein. Durften die Deutschen etwas zur eben vollzogenen Osterweiterung sagen? Nein. Die Politiker machten diesen fundamentalen Entscheid lieber unter sich aus. Man wollte die Osterweiterung keinem unnötigen Risiko aussetzen. Offenbar ist eine demokratische Abstimmung für gewisse Politiker schon ein zu grosses Risiko. Wird die Schröder-Regierung dieses „Risiko“ wenigstens bei der Frage um eine gemeinsame europäische Verfassung eingehen? Wenn wir die vergangenen Entscheidungswege anschauen – wohl eher nicht. Und wie heisst es so schön im deutschen Grundgesetz: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen *und* Abstimmungen... ausgeübt.“ Ist dieser Gesetzesabschnitt nur eine leere Phrase? Warum soll eine sich immer stärker zentralistisch gebärdende EU zu mehr Demokratie führen, wenn schon die Einzelstaaten das Volk lieber

umgehen? Wer soll hier wem misstrauen? Auch die Abkommen von Schengen und Dublin wurden in fast allen europäischen Staaten am Volk vorbeigeschmuggelt. Dabei sind diese Verträge bei näherer Betrachtung durchaus fragwürdig.

Schengen und seine Folgen für die Schweiz

Die Parteien SP, FDP und CVP und eine Mehrheit im Bundesrat will den Schengen-Vertrag unterzeichnen. Niemand hat etwas gegen mehr polizeiliche Zusammenarbeit zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Aber Schengen bedeutet: Offene Grenzen und darum freie Bahn für Kriminelle. Wer einmal in den Schengenraum, der in etwa der EU entspricht, eingedrungen ist – seien es Kriminelle, Waffenschieber, organisierte Verbrecher, Illegale, Schlepper, Asylmissbraucher oder ähnliche "Kunden", – der ist "drin". Er hat freie Fahrt über alle Binnengrenzen, und im Fall eines Schengen-Beitritts auch über unsere Landesgrenze.

Die Linken wollen Schengen, um durch die Hintertüre in die EU zu gelangen. Das gleiche gilt für viele Vertreter der Mitteparteien FDP und CVP, die immer öfter vor den Wahlen rechts blinken, um ihre Wähler zu halten, nach den Wahlen aber links abbiegen. Bundesrätin Calmy-Rey sagte im April 2003, die bilateralen Verträge seien dazu da, „den Boden zu bereiten“ für einen raschen EU-Beitritt (Pressekonferenz, 24. April 2004). Wenn unsere Aussenministerin so doppelzünftig spricht und damit den schweizerischen Interessen schadet, ist sie keine Landesmutter, sondern eine Landesrabenmutter!

Der deutsche Aussenminister Fischer behauptet unentwegt, die Schweiz sei eben nun einmal Aussengrenze des Schengen-Raums, und Frau Calmy-Rey plappert es ihm unentwegt nach. In Tat und Wahrheit liegt die Schweiz mitten in Europa und hat keine Aussengrenzen, sondern bildet mit ihren Grenzkontrollen vielmehr eine Insel der Sicherheit. Wäre die tatsächliche Schengen-Aussengrenze wirklich so vorbildlich betreut, hatte das Schweizer Grenzwachtkorps im letzten Jahr nicht 101'219 Personen zurückweisen und 34'063 Personen an die Polizei übergeben müssen. Wäre die Schengen-Aussengrenze gut überwacht, könnte auf dem Landweg kein einziger Krimineller einreisen. So gesehen waren die schikanösen deutschen Grenzkontrollen geradezu absurd. Und von Schengen-Aussengrenze kann auch darum keine Rede sein, weil die EU ja mit der Schweiz bilaterale Verträge über den freien Personenverkehr abgeschlossen hat. Freier Personenverkehr und Schengen-

Aussengrenze schliessen sich gegenseitig aus. Und Schengen bleibt ein Schönwetter-Projekt: Sobald die Lage gefährlich wird, führen die EU-Länder die Grenzkontrollen wieder ein. So geschehen in Frankreich, wo man den Aussengrenzen misstraut, und ab Mai in Portugal, da man dort während der Fussball-Europameisterschaft terroristische Anschläge befürchtet.

Die grosse Dame des schweizerischen Liberalismus, Suzette Sandoz, hat klar gemacht, worum es bei Schengen eigentlich geht: „In der heutigen unsicheren Situation, zu der noch die von der ehemaligen UdSSR geerbten und die auch von den USA aus entwickelten Mafianetze kommen, muss das Kind beim Namen genannt werden: Schengen hat nichts zu tun mit dem freien Personenverkehr. Es ist nur ein Vorwand für Zollschikanen gegenüber der Schweiz. Wenn Schengen tatsächlich ein Sicherheitsinstrument ist, dann ist es absurd, die Schweiz davon auszuschliessen, mit der trügerischen Ausrede, sie sei nicht Mitglied der EU. Der einzige Grund, der einen solchen Ausschluss erklären könnte, läge darin, dass unsere eigenen Informationsquellen und Instrumente der inneren Sicherheit seit der Fichenaffäre nicht mehr glaubhaft sind. Es wäre an der Zeit, etwas dagegen zu tun.“ (NZZ am Sonntag, 2. Mai 2004) Bezeichnenderweise waren es die Linken, die unser nationales Sicherheitssystem eliminiert haben. Die gleichen Leute wollen jetzt den Schengen-Vertrag, um unser Sicherheitsmanko auszugleichen. Die gleichen Leute, die jede Personenkontrolle der Politik gleich als „Schikane“ verleumden und Randalierer gegenüber der Justiz in Schutz nehmen, schwafeln jetzt von europäischen Sicherheitsaufgaben.

Auch Praktiker dagegen

Der erste Staatsanwalt des Grenzkantons Basel-Stadt, Thomas Hug, lehnt den Schengen-Vertrag ab. Gegenüber der „Weltwoche“ äussert der Praktiker seine Bedenken: „Einzelne Bestandteile des Übereinkommens würden die Sicherheit der Schweiz zweifellos erhöhen, zu anderen stellen sich dagegen Fragen. Sie müssen sehen, dass das Übereinkommen nicht geschlossen wurde, um für mehr Sicherheit zu sorgen, sondern um die Grenzen zwischen den Staaten der Europäischen Union zu öffnen. Die Abschaffung der Grenzkontrollen ist der Sicherheit aber zwangsläufig abträglich. Deshalb mussten die Schengen-Staaten ersatzweise flankierende Massnahmen treffen, um die Sicherheit wieder zu erhöhen.“ (Die Weltwoche, 15. April 2004)

Für den Praktiker sind Grenzkontrollen nach wie vor ein zeitgemässes und wirksames Mittel in der Bekämpfung von Kriminalität: „Die Statistiken zeigen, wie viele Leute mit Diebesgut, Drogen oder Waffen sich auch mit zurückhaltenden Kontrollen aufgreifen lassen. Trotz der durchlässigen grünen Grenze und der zeitweise unbedienten Grenzübergänge erzielen wir bemerkenswerte Erfolge beim Feststellen von unerwünschten, illegalen oder kriminellen Personen. Darauf dürfen wir meiner Meinung nach keinesfalls verzichten. Das Bewusstsein, dass Kontrollen drohen, würde ja bei einer Öffnung der Grenzen völlig verschwinden.“

Auch das Abkommen von Dublin sieht Thomas Hug mit Skepsis. Was auf den ersten Blick gut aussieht, – dass Asylbewerber nur noch in einem Land ein Gesuch stellen können und eine Ablehnung überall Gültigkeit hat –, erweist sich bei näherem Hinsehen als unbrauchbar. Nochmals Thomas Hug: „Dublin ist zweifellos eine gute Sache. Allerdings setze ich auch da ein Fragezeichen. Deutschland konnte gemäss den Statistiken, die uns vorliegen, zwar eine grosse Zahl von Asylbewerbern in das Land zurückschieben, in dem sie den ersten Antrag gestellt hatten. Aber eine noch grössere Zahl von Asylsuchenden musste Deutschland als Erstasylland zurücknehmen. Die Staaten betreiben mit einem riesigen administrativen Aufwand also letztlich ein Nullsummenspiel, indem sie die Asylbewerber einfach herumschieben. Und einige Länder gehen mit Informationen sehr zurückhaltend um. Ich sehe deshalb die Gefahr, dass wir gründlichen und pflichtbewussten Schweizer viel mehr Asylsuchende zurücknehmen müssten, als wir abschieben könnten.“ Wir müssen also eine souveräne Asylpolitik betreiben und an Ort und Stelle Verhältnisse schaffen, dass dieser unsägliche und milliardenteure Missbrauch ein Ende findet.

Grundsätzliche Fragen

Ein Beitritt zu EU-Schengen hiesse Abbau der Personenkontrollen und offene Grenzen. Durch die Osterweiterung rückt die Schengener Aussengrenze an Weissrussland und an die Ukraine. Dort herrschen schon heute unkontrollierbare Verhältnisse. Schengen heisst eben nicht mehr Sicherheit, sondern die Preisgabe einer souveränen Sicherheitspolitik. Möchten Sie offene Grenzen und damit eine verstärkte illegale Einwanderung und noch mehr Kriminaltourismus?

Die EU und vor allem Deutschland machen Druck auf unser Bankkundengeheimnis. Der Finanzplatz ist für die Schweiz enorm wichtig. Er garantiert uns Privatsphäre und

schafft hochqualifizierte Arbeit. Brüssel will mit dem Schengen-Vertrag indirekt den Finanzplatz Schweiz knacken. Wollen Sie das Bankgeheimnis verlieren und damit auch Zehntausende Arbeitsplätze vernichten?

Die schweizerische Neutralitätspolitik hat sich bewährt. Und sie ist auch angesichts der terroristischen Bedrohung wichtiger denn je. Der neue Justizminister Christoph Blocher hat gesagt: „Neutralität schützt den Kleinen, weil er sich nicht in die Machtkämpfe der Grossen einmischt.“ Die EU will eine gemeinsame Aussenpolitik und eine eigene Armee bilden. Dieser neue militärische Block ist keine Alternative für eine friedliche, aber verteidigungsbereite Neutralität. Oder soll die Schweiz künftig für Brüssel in den Krieg ziehen? Oder den aussenpolitischen Ehrgeiz der Deutschen mittragen?

Die anderen Parteien möchten möglichst schnell die Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Mitgliedstaaten ausdehnen. Die Personenfreizügigkeit würde vor allem eine Menge unqualifizierter Personen in die Schweiz lotsen. In der Slowakei zum Beispiel haben fast 20 Prozent der Menschen keine Arbeit. Schon heute sind überproportional viele Ausländer arbeitslos, fürsorgeabhängig oder IV-Bezüger. Wollen Sie diese Tendenzen verstärken?

Die Europäische Union hat das Asyl-Problem nicht lösen können. Einzelne Staaten, wie etwa die Niederlande, haben deshalb ihre Gesetze eigenständig massiv verschärft. Sie haben genug vom organisierten Asyl-Missbrauch. Auch die Schweiz soll ihre Bestimmungen verschärfen. Oder möchten Sie weiterhin jährlich zwei Milliarden Franken Steuern für unser Asyl-Theater zahlen?

Warum wir die direkte Demokratie brauchen

Man muss wohl kein grosser Prophet sein: Hätten wir ein politisches System wie alle anderen, also eine parlamentarische Demokratie, die Schweiz wäre – offensichtlich gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit – Mitglied der EU. Schliesslich haben die SP, FDP und CVP jeweils an ihren Parteitag einen Beitritt beschlossen. Jetzt sagen sie, die Schweiz müsse endlich eine EU-Beitrittsdiskussion führen. Diese Beitrittsdiskussion ist längst geführt worden! Und nach dieser Diskussion hat das Schweizervolk und sämtliche Stände im Frühjahr 2001 mit rund 77 Prozent Nein-Stimmen den EU-Befürwortern eine vernichtende Niederlage bereitet. Wann wird dieses deutliche Resultat endlich anerkannt? Warum will man das entschiedene Votum

nicht akzeptieren? Sieht so der viel gepriesene Respekt gegenüber der Demokratie aus? Vor den letzten Parlamentswahlen erklärten die Politiker der Mitteparteien, der EU-Beitritt sei überhaupt kein Thema. Warum? Weil sie Angst hatten vor dem Volk. Weil sie sich nicht traute, ihre wahren Absichten kund zu tun. So wie die EU-Eliten heute Angst vor einer Abstimmung über die Verfassung haben. Kaum waren die Wahlen vorbei, begann die EU-Hysterie von vorne. Nur weil ein paar Autos an der deutsch-schweizerischen Grenze warten müssen, sollten wir unsere Eigenstaatlichkeit aufgeben. Wer hat hier Grund, wem zu misstrauen? Die Politiker dem Volk – oder das Volk den Politikern? Drei Jahre nach der Abstimmungsschlappe wollen die Eurokraten die Schweiz nach Brüssel führen. Wer den Volkswillen in so krasser Weise missachtet, kann doch nicht ernsthaft behaupten, sich für ein demokratisches und freiheitliches Europa einzusetzen? Wer hat hier wohl allen Grund, wem zu misstrauen? Die Politiker dem Volk – oder das Volk den Politikern?

Die direkte Demokratie ist unsere Notbremse und der stetig winkende Zaunpfahl in Bern. Ohne Referendumsangst im Nacken hätte der Bundesrat in den bilateralen Verhandlungen schon längst klein beigegeben. Die Angst vor dem Volk treibt unsere Politiker an: Zu besseren Lösungen – im Idealfall. Ansonsten verhindert die direkte Demokratie wenigstens die dümmsten Fehler der Politik. Darum muss unser wichtigster Auftrag nach wie vor lauten: Bewahrung der Unabhängigkeit, um weiterhin souverän über unsere Zukunft bestimmen zu können.

